



# sozialpolitikaktuell

Nr. 6 | 2022

**Liebe Leserinnen und Leser,**

Deutschland verharrt weiterhin im Krisenmodus. Schuld daran ist Vladimir Putin, der mit seinem verbrecherischen Krieg gegen die Ukraine und dem bewussten Zurückhalten von Gas und Getreide versucht, seine imperialistischen Vorstellungen einer neuen autoritären und zutiefst unmenschlichen Weltordnung durchzusetzen. Die Leidtragenden sind zuallererst die Menschen in anderen Teilen der Welt, denen im wahrsten Sinne des Wortes das Brot zum Leben fehlt. Und natürlich geht die Krise mit ihren horrend steigenden Energiekosten und einer Inflationsrate, wie wir sie seit 1973 nicht mehr erlebt haben, zu Lasten der arbeitenden Menschen, der Rentner\*innen, Arbeitslosengeld- und Grundsicherungsbezieher\*innen in Deutschland.

On top kommen Kostenentwicklungen im Bereich von Gesundheit und Pflege, die allerdings nicht Folge des Krieges in der Ukraine sind, sondern hausgemacht.

Unter dem ehemaligen Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, CDU, wurden teure Gesetze auf den Weg gebracht, die allesamt die Versorgung der Versicherten nicht verbessert, aber riesige Löcher in die Kassen der gesetzlichen Krankenkassen gerissen haben und reißen. Die Antwort des aktuellen Gesundheitsministers Prof. Karl Lauterbach, SPD, auf diese Situation heißt zum einen keine Leistungskürzungen – was der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften begrüßen, zum anderen heißt sie Rücklagen abschmelzen und Zusatzbeiträge erhöhen – was wir für einen gravierenden Fehler in diesen Zeiten halten. Grundlegende Strukturreformen zur solidarischen Finanzierung von Gesundheit in Deutschland fehlen. Die detaillierte Bewertung des GKV-Finanzstabilisierungsgesetzes finden Sie in diesem Newsletter.

Auch in der Pflege steigen die Kosten – aus einem erfreulichen Grund: Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, SPD, hat hier mit Unterstützung des DGB und der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di durchgesetzt, dass nur noch gute Löhne in der Pflege gezahlt werden.

Ohne Tariftreue keine Abrechnungsmöglichkeit mit der sozialen Pflegeversicherung. Die Folge ist für die pflegebedürftigen Menschen und ihre Angehörigen leider problematisch: Ihre Eigenanteile steigen enorm. Pflegebedürftigkeit ist auch nach einem langen Arbeitsleben ein echtes Armutsrisiko. Dies ist die Folge einer fehlenden umfassenden Pflegereform, die aus der „Teilkaskoversicherung“ eine „Vollkaskoversicherung“ macht, die alle pflegerischen und medizinisch notwendigen Kosten vollumfänglich trägt. Lesen Sie auch dazu mehr in diesem Newsletter.

Und dann werfen wir hier noch einen Blick auf das dritte Entlastungspaket der Bundesregierung. Wir finden es größtenteils gut, sehen aber – wie könnte es anders sein – noch „room for improvement“. Gut und gerecht ist im Übrigen auch, dass die Beiträge von Spitzenverdienenden zum Jahreswechsel geringfügig steigen, werden sie doch über die Steuer insgesamt besonders entlastet.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre – und bleiben Sie solidarisch!

Ihre Abteilung Sozialpolitik  
beim DGB Bundesvorstand

sozialpolitik aktuell: Das sind die Informationen zur Sozialpolitik für Kolleginnen und Kollegen in der Selbstverwaltung und für sozialpolitisch Interessierte in Gewerkschaften, Verbänden, Parteien und Verwaltungen.



## **GKV-Finanzstabilisierung: Ein Gesetzentwurf mit schwerwiegenden Folgen**



Colourbox

Seit Karl Lauterbach Ende Juni seine Eckpunkte für eine Reform der GKV-Finanzierung vorgestellt hat, wird der Entwurf in der Fachpresse fast täglich scharf kritisiert – und das von fast allen Seiten.

Fest steht, dass das Gesetz, sollte es denn so kommen, fatale Folgen hätte. Kassenpleiten, Leistungskürzungen und höhere Kosten für die Beitragszahlenden werden nicht zu vermeiden sein. Trotz der Kritik bleibt der Gesundheitsminister still und sinnvolle Anpassungen bleiben, zumindest bisher, aus.

 [zum Beitrag](#)



## DGB fordert umgehend die Entlastung pflegebedürftiger Menschen



DGB/Alexander Rath/123RF.com

Tariftreue ist eine gute Nachricht für die Beschäftigten in der Pflege – sie warten schon seit Jahren auf faire Löhne. Die Kosten dafür jetzt den Pflegebedürftigen und ihren Familien anzulasten, ist ein Skandal. Preissteigerungen von mehreren Hundert Euro pro Monat plus steigende Energie- und Lebensmittelkosten im Pflegeheim bedeuten für viele Menschen existenzielle Not. Dazu darf es nicht kommen



[zum Beitrag](#)



## Entlastungen greifen – weitere Maßnahmen sind nötig



DGB/Tofotografie/colourbox.com

Mit dem dritten Entlastungspaket hat die Regierung zum Jahreswechsel 2023 weitere Entlastungen vorgesehen. Dies ist gut. Notwendig sind aber weitere, sozial ausgerichtete Entlastungen für Haushalte mit niedrigem Einkommen. Gerech ist in diesem Zusammenhang auch, dass die Beiträge von Spitzenverdienenden zum Jahreswechsel geringfügig steigen, werden sie doch über die Steuer insgesamt entlastet.



[zum Beitrag](#)



Bildquelle: Bund-Verlag

## Soziale Sicherheit – Die Fachzeitschrift für soziales Arbeiten

Für alle, die sich bei Sozialversicherungen, Verbänden, Gewerkschaften oder in Universitäten und Behörden mit sozialer Sicherung befassen.

 [zur Verlags-Website](#)



Bildquelle: Bund-Verlag

## Gute Arbeit – Die Fachzeitschrift für Arbeitsschutz und Arbeitsgestaltung

Die Fachzeitschrift für Arbeitsschutz und Arbeitsgestaltung. Hilft Ihnen weiter – wenn Gute Arbeit auf dem Spiel steht.

 [zur Verlags-Website](#)



## Unser Team

- Markus Hofmann – Leiter der Abt. Sozialpolitik
  - Ingo Schäfer – Alterssicherung, Rehabilitation, Seniorenpolitik
  - Knut Lambertin – Gesundheitspolitik, Krankenversicherung
  - Johannes Roth – Gesundheitspolitik, Krankenversicherung
  - Marco Frank – Pflegepolitik, Selbstverwaltung
  - Annika Wörsdörfer – Arbeits- und Gesundheitsschutz
  - Dr. Sebastian Schneider – Prävention, Unfallversicherung, Europäischer Arbeitsschutz
  - Heike Inga Ruppender, Nadine Sasse, Janet Netzer – Assistentinnen Abt. Sozialpolitik
  - Maxi Spickermann – Assistenz Bundesseniorenbeauftragter und Abt. Sozialpolitik
  - Klaus Beck – Bundesseniorenbeauftragter
- 
- Tina Malguth – Büroleitung Anja Piel
  - Petra Köhler – Assistenz Anja Piel



**zum Team im Netz**



## Impressum

DGB Bundesvorstandsverwaltung  
Abteilung Sozialpolitik  
Henriette-Herz-Platz 2  
10178 Berlin  
Telefon: +49 30 24060-725  
Telefax: +49 30 24060-226  
Kontakt: Sozialpolitik.BVV@dgb.de

## Verantwortlich

Anja Piel, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB

## Presserechtlich verantwortlich

Markus Hofmann, Leiter Abteilung Sozialpolitik